

Es müssen Taten folgen



Es gibt Momente in der Geschichte, wo es auch einem Pazifisten wie mir mehr als schwer fällt, Haltung zu bewahren. Was sich in Kobane, in ganz Syrien und Irak zurzeit abspielt, muss unbedingt gestoppt werden. Und das geht wohl für einmal nicht mit Verhandlungen, sondern nur mit Waffen. Den Kurden, die verzweifelt um ihre Stadt und ihr Land kämpfen, muss dringend und massiv geholfen werden. In Deutschland wird heftig diskutiert, ob und mit welcher militärischen Hilfe die kurdischen Verteidiger gegen den terroristischen Unrechtsstaat und die Grausamkeit des IS unterstützt werden sollen. Derweil bombardieren die USA zusammen mit teilweise zweifelhaften arabischen Verbündeten islamistische Stellungen und werfen Panzerfäuste ab. Das hinterlässt einen irgendwie genauso ratlos wie das Abseitsstehen der Türkei.

•••

Als Schweizer hat man es als Pazifist etwas einfacher: Niemand käme hier auf die Idee, unsere Armee zu schicken oder Waffen abzuwerfen. Letztere verkaufen wir aber immer wieder mal gerne auch in den Nahen Osten. Immerhin hat der Bundesrat die

schweren Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte durch den IS aufs Schärfste verurteilt und in Erinnerung gerufen, dass ausgedehnte oder systematische Angriffe gegen die Zivilbevölkerung Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind. Speziell verurteilt er auch grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlungen, insbesondere gegen Frauen. Das ist richtig so.

Doch diesen Worten müssen auch aus der Schweiz konkrete Taten folgen. Das wäre Druck auf die Regierungen der Türkei, Katar und Saudi-Arabiens, die Extremisten nicht länger direkt und indirekt mit finanziellen Mitteln, Waffen und Munition zu unterstützen. Die «strategische Partnerschaft» mit der Türkei soll der Bundesrat zudem als Hebel benutzen, um auf die türkische Regierung einzuwirken, dass die Friedensverhandlungen mit der PKK fortgesetzt werden und Kurden auch ermöglicht wird, ihren Landsleuten in Syrien und Irak zu Hilfe zu kommen.

•••

Die Schweiz kann und muss die humanitäre Hilfe in Syrien und dem Irak weiter verstärken und vermehrt über zivilgesellschaftliche Kanäle den Flüchtlingen und weiteren Opfern der Gewalt zukommen lassen.

Die letzten verbliebenen Inseln säkular verwalteter, multiethnischer und multikonfessioneller Gesellschaften müssen auch von der Schweiz aus gezielt unterstützt werden. Solche Inseln der Toleranz finden sich gerade dort, wo die Kurdinnen und Kurden Selbstverwaltungsorgane aufgebaut haben. Dort, wo nun grausam gekämpft und gestorben wird. Auch für unsere Freiheit.

Martin Naef

10 Jahre Grünliberale



Die Grünliberalen gibt es nun seit 10 Jahren. Im Juli 2004 kam es zur Abspaltung, nachdem Martin Bäumle als Kantonalpräsident der Grünen Zürich nicht wiedergewählt wurde. Die Grünliberalen hatten alsbald Erfolg. Fraglos verdankte sich dies massgebend dem Umstand, dass Verena Diener mit zu den Grünliberalen ging. Sie vertrat nicht im gleichen Masse wie Martin Bäumle bürgerliche Positionen ausserhalb der Umweltthemen und sie galt eher als linksliberal. Bemerkenswert war, dass sich die Grünen bei den Wahlen 2007 nochmals steigern konnten und einen Sitz dazu gewannen, obgleich die Grünliberalen auf Antriebe drei Sitze eroberten. Bei den Wahlen 2011 verloren wir wieder einen Sitz, derweil die Grünliberalen einen dazu gewannen. Wesentlich für mich ist: Die Grünen und die Grünliberalen erzielen getrennt marschierend addiert mehr Stimmen und erreichen mehr Sitze, als wenn sie als einheitliche Partei aufträten. Natürlich wäre die Grüne Partei für sich genommen stärker ohne Abspaltung, mehr als 11 bis 12% hätte sie gesamtschweizerisch aber nicht erreicht, GLP und Grüne kommen hingegen auf um 16%. Von Fusion zu sprechen kann mithin auch dumm sein.

Nach zehn Jahren sind die persönlichen Wunden verheilt, die Zusammenarbeit zwischen GLP und GP folgt professionellen Kriterien. Dabei festigten sich die Differenzen in vielen Bereichen (Finanzpolitik, Sozialpolitik, Asylpolitik), während sich die Gemeinsamkeiten in der Energie- und Umweltpolitik vertieften. Eine aufsehenerregende Konstellation ergab sich bei der Volksinitiative der Grünliberalen «Energie- statt Mehrwertsteuer», die nur von der GLP und den Grünen unterstützt wurde. Die SP stimmte stramm dagegen, als stünden wir wieder am Beginn der grünen Debatte der achtziger Jahre. Wie damals wurden nämlich absurd falsche soziale Argumente gegen die nötige ökologische Umsteuerung vorgebracht. Bedeutet dies eine Wende? Vorerst erweckte es vor allem erhöhte Aufmerksamkeit. Ich rate indes zu nüchternem Parteikalkül statt zu grossen Versöhnungsgesten: Abgrenzungen zwar nur dort, wo es nötig ist, dort aber pointiert. Denn beide Parteien tun vorderhand gut daran, ihr eigenes Potenzial optimal auszunutzen. Bei den Grünen gelingt das vor allem im grösseren städtischen Umfeld. Denn dort müssen die Grünen die Wahlen gewinnen und mit einem nicht saturiert daher kommenden linken und einem grünen Profil, das Strukturen, aber nicht die Menschen ändern will, zur drittstärksten Kraft werden. Ebenfalls muss klar sein: die Grünen sind keine EU-Beitrittspartei. Bezüglich Listenverbindungen tut jede Partei gut daran, sie allein nach rechnerischen Kriterien pro Kanton verschieden einzugehen. Je mehr die Grünen in wechselnden Konstellationen mal mit der SP, mal mit der GLP zusammenspannen, umso eigenständiger sind sie. Singularität wird zum Markenzeichen.

Daniel Vischer